

# GUTE GRÜNDE DIE LINKE ZU WÄHLEN

Sonderausgabe

MAI / JUNI 2024

## Europas Kürzungspolitik: eine Bedrohung auch für Bielefeld

Die EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik wirkt sich direkt auf Städte wie Bielefeld aus. Die von Christian Lindner (FDP) vorangetriebene Verschärfung der europäischen und nationalen Schuldenbremse droht, Kommunen in eine Sackgasse zu führen. Anstatt Spielräume für Investitionen in soziale Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen zu schaffen, fördert diese Politik Kürzungen, wo eigentlich Investitionen erforderlich wären.

Die Auswirkungen sind gravierend: Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, KiTas und Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert. Als Die Linke kämpfen wir im Stadtrat dafür, diese zentralen Bereiche der

Daseinsvorsorge zu schützen und auszubauen. Die Städte haben jedoch nur begrenzte Finanzierungsquellen und sind auf Unterstützung der EU und des Bundes angewiesen.



Aktion Junge Linke am 1. Mai: Kürzungshammer der Ampel

Diese Unterstützung bleibt aus, weil die Ampel-Koalition in Deutschland und in der EU auf Schuldenbremse und Haushaltskürzungen setzen. Das blockiert dringend

benötigte Investitionen. Das spüren wir in Bielefeld, wenn KiTas und bezahlbarer Wohnraum fehlen, der Ausbau des Nahverkehrs stockt und Schulen nicht saniert werden können. Wir fordern von der Bundesregierung und der EU, die restriktiven Haushaltsregeln zu lockern und die Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen und die Lebensqualität für alle verbessern können.

Dafür müssen wir gemeinsam in Europa, in Deutschland und in Bielefeld für eine starke Linke kämpfen!

**Dr. Onur Ocak**  
Sprecher

Die Linke Bielefeld

## aktiver Klimaschutz

# Öffentlichen Nahverkehr mit Bahn und Bus ausbauen

Europa betreibt aktive Verkehrspolitik und unterstützt ein transeuropäisches Bahn-Verkehrsnetz. Bielefeld ist insoweit betroffen, als die Strecke Hamm-Bielefeld-Hannover Teil dieses Netzes ist. Europa besteht aber vor allem aus den 27 EU-Staaten. Hier lohnt ein Blick auf

die Verkehrspolitik der Länder. Kopenhagen und die Niederlande haben ein sehr gutes Bus- und Bahnangebot. Deswegen funktioniert dort die bekannte Fahrradpolitik.

Während in Deutschland 2022 nur 114 EUR pro Einwohner in die Bahn investiert wurde, investierte Norwegen 346

EUR und Österreich 319 EUR. Besonders im Falle von Österreich hat das mittlerweile Auswirkungen auch auf Deutschland: Das von der Deutschen Bahn abgeschaffte Nachtzug-Netz ist von der österreichischen Bundesbahn neu aufgebaut worden. Mit Wien gibt es eine europäische

Hauptstadt, die konsequent Straßenbahn und Bus ausbaut.

Auch beim Ticket-Preis lohnt ein Blick nach Europa. Bemerkenswert ist hier Frankreich. In vielen Kommunen gibt es ein Null-Euro-Ticket. In Dunkirk stieg mit der Einführung des Null-Euro-Tickets 2018 der Anteil

der Busnutzer\*innen um 85 %. Mittlerweile funktioniert das Modell einer festgelegten Nahverkehrsabgabe in mehr als 20 Kommunen. Durch solche Maßnahmen können wir gemeinsam einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

**Bernd Vollmer**  
Ratsmitglied

## Die Linke steht für Tariftreue

# Löhne für ein gesichertes Leben!



Nach der Kostenexplosion bei Miete, Essen, Benzin, Strom und Heizung reicht der Lohn

oft nicht mehr zum Leben. Mehr als 100 Millionen Menschen in Europa arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Linke fordert ein Ende der Armutslöhne und Schutz durch Tarifverträge. Letzteres ist der Fraktion Die Linke in der Bielefelder Ratskoalition ein besonderes Anliegen.

Die Stadt vergibt eine Vielzahl von Aufgaben an Einrichtungen und Institutionen, im Besonderen in sozialen Aufgabenfeldern. Wir erwarten, dass im Rahmen der „Leistungs- und Finanzierungsver-

einbarungen“ nur noch mit Trägern zusammengearbeitet wird, die fachgerechte Tarifverträge anwenden. Tarifbindung sichert das Lohnniveau sowie Rahmenbedingungen wie Urlaub und Arbeitszeit. Bekannt sind soziale Einrichtungen ohne Tarifierung, bei denen erhebliche Gehaltsdifferenzen von bis zu 20 Prozent bestehen. Das ist nicht nur nachteilig für die Beschäftigten, sondern auch für die Träger selbst. Sie sind für Fachkräfte weniger attraktiv. Tarifliche Regelungen sollten

über das europäische Vergaberecht gesichert sein!

In Deutschland gilt dies nicht mal für die Hälfte der Beschäftigten. Hierzu zählen auch Honorarverträge, ohne Urlaubsanspruch, Krankengeld und Rentenversicherung. Dank Rechtsprechung und Engagement von Kolleg\*innen und ihrer Gewerkschaft können sich in Bielefeld Honorarkräfte der Musik- und Kunstschule auf Festanstellung freuen.

**Angelika Beier**

Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss

## Schluss mit Bürgergeld-Sanktionen

Viele meinen: Wer eine zumutbare Arbeit ablehnt, soll auch kein „Bürgergeld“ erhalten. So einfach ist es nicht. Laut Gesetz darf eine bestimmte Arbeit abgelehnt werden, wenn Bürgergeldempfänger\*innen „körperlich, geistig oder seelisch“ dazu nicht in der Lage sind.

In solchen Fällen dürfen keine Sanktionen verhängt werden! Insbesondere „seelische“, also psychische Probleme, werden von Betroffenen selbst nicht erkannt. Aufgrund psychischer Probleme können die Menschen nicht arbeiten. Briefe vom Jobcenter mit Terminen oder Arbeitsangeboten

werden erst gar nicht oder zu spät geöffnet. Doch wie sollen Mitarbeiter\*innen des Jobcenters ohne psychiatrische Ausbildung psychische Störungen und Krankheiten erkennen? Daher treffen Sanktionen hauptsächlich die Hilflosen und Kranken sowie deren Familien – besonders die Kinder.

Echte „Totalverweigerer“ gibt es praktisch nicht. Es geht vielmehr darum, Sozialleistungen zu kürzen und gleichzeitig Arbeitnehmer\*innen einzuschüchtern: Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne sollen aus Angst vor dem zu

niedrigen Bürgergeld und den möglichen Sanktionen hingenommen werden.

Die EU-Kommission setzt ausdrücklich auf diese Sanktionspolitik bei Arbeitslosen. Das führt überall zu einem hohen Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte. In Deutschland unterstützen mittlerweile alle anderen Parteien im Bundestag diese arbeitnehmerfeindliche Ideologie. Nur Die Linke lehnt Sanktionen gegen Arbeitslose ab und fordert stattdessen mehr Unterstützung und Hilfen.

**Dr. Dirk Schmitz**

Ratsmitglied

## Wir sagen der Armut den Kampf an

Der unverschämte Reichtum weniger ist die Armut vieler. Wir wollen deshalb soziale Mindeststandards durchsetzen und Armut in Europa abschaffen, indem wir hohe Vermögen und Konzerngewinne stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens überall in der EU in die Pflicht nehmen. Mehr als jede\*r Fünfte in der Europäischen Union ist von Armut bedroht; das sind über 140 Mio. Menschen. Jedes vierte Kind unter 18 Jahren zählt dazu.

Im Kampf gegen Armut fordern die Linken eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe

von 1.200 EUR und existenzsichernde Löhne. Wir Linke setzen uns in der EU für die europäische Mindestlohnrichtlinie ein, um Arbeitnehmer\*innen vor Armut trotz Arbeit zu schützen.

In Bielefeld ist die Armut ebenfalls gegenwärtig. Insbesondere Alleinerziehende, Frauen und Rentner\*innen sowie Personen, die aufgrund ihrer individuellen Merkmale benachteiligt sind, sind mit Armut konfrontiert. In der Bielefelder „Linkskoalition“ hat Die Linke verschiedene Maßnahmen zur Minderung von Armut durchge-

setzt. Dazu zählen ein bezahlbares Sozialticket, kostenfreier Eintritt für Kinder in den Museen und vergünstigter Eintritt in den Bädern. Solche Maßnahmen sind wichtig, um soziale

Teilhabe zu ermöglichen. Die Linke steht für eine gerechte, soziale Politik in der EU und in Bielefeld.

**Anja Kasprowski**

Kreisvorstand



# Keine Profite auf Kosten unserer Gesundheit!

Warten auf den Arzttermin, in der Notaufnahme, auf die Operation ist grausame Realität **in vielen Ländern Europas, in Deutschland und in Bielefeld.**

Skandalös ist es, dass in der

BRD immer noch der Geldbeutel über Gesundheit und deren Qualität entscheidet. Einige europäische Länder investieren mehr Steuergelder ins Gesundheitssystem, beschäftigen mehr Pflegekräfte

je Patient\*in und bezahlen sie besser.

Die Flucht aus diesem Berufsfeld und der Mangel an Fachkräften in Pflege- und Medizinberufen zeigt, dass es an verbesserten Rahmenbedingungen für die „Arbeit am Menschen“ fehlt. Es braucht Konzepte, um die Fachkräfte in ihrem Beruf zu halten oder zurückzugewinnen. Eine 4-Tage-Woche, wie im Klinikum Bielefeld-Mitte erprobt, könnte ein wegweisendes Projekt sein. Gleichzeitig braucht dies eine Verkürzung der Arbeitszeit.

**Gute Arbeit braucht einen Systemwechsel!** Die Linke fordert, medizinische Versor-

gung und Pflege am Bedarf auszurichten. Krankenhäuser und Pflegeheime dürfen keine Gewinne an Aktionäre ausschütten. Im Rahmen der Krankenhausplanung NRW wird spezialisiert und die stationäre Versorgung ausgedünnt. Auch in der Region OWL erwarten uns weitere Schließungen von Kliniken und Altenpflegeeinrichtungen und somit der Abschied von ortsnaher gesundheitlicher Versorgung.

**Um diese Politik zu stoppen, braucht es Die Linke vor Ort und in Europa!**

**Brigitte Stelze**

Sprecherin Die Linke Bielefeld und Ratsmitglied



## Wohnen

# Bezahlbare Miete statt fette Profite

Die Mieten in Bielefeld sind in den vergangenen Jahren um weit über 10 % gestiegen. Der Grund dafür ist, dass die privaten Investor\*innen und die großen Wohnungskonzerne jede Möglichkeit zur Mieterhöhung ausnutzen, um Profit zu machen. Mittlerweile ist zumindest durch Ratsbeschluss sichergestellt, dass auch private Investoren mindestens 33 % Sozialwohnungen bauen müssen. Diese Wohnungen können leider immer noch nach Ablauf der gesetzlichen Bindungsfrist ebenfalls teuer vermietet werden.

Die Linke fordert bundesweit einen Mietendeckel und Sozialwohnungen ohne Bindungsfrist, um den ungebremsten Anstieg der Mieten zu stoppen.

In Bielefeld bewirkt die „Linkskoalition“ über die kommunale Wohnungsgesellschaft (BGW),

dass die profitorientierten Immobilienkonzerne nicht allein den Markt bestimmen. Das nützt nicht nur den Mieter\*innen der BGW, sondern sorgt auch dafür, dass insgesamt die Mieten vor Ort nicht so stark steigen.

Politik sollte europaweit aus Wien lernen! Das Vorzeigeprojekt im Genossenschaftsbau sichert Mietstabilität. Zudem werden die großen kommunalen Wohnungsbestände ausgebaut!

Aktuell setzt sich Die Linke Bielefeld dafür ein, dass das Baugebiet an der Greifswalder Straße durch die BGW bebaut wird, nachdem der private Investor pleite ist. Die Linke fordert, der BGW das Grundstück in Erbpacht zu überlassen, um dort neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

**Carsten Stöltzing**  
Kreisvorstand

## Geschlechtergerechtigkeit heißt

# Gleichberechtigung auf allen Ebenen

Frauen erhalten in Deutschland rund 18 % weniger Lohn als Männer, arbeiten häufiger in unterbezahlten Branchen wie Pflege und Erziehung, in Teilzeit oder Minijobs und leisten immer noch den Großteil der „Sorgearbeit“ in der Familie, was häufig zu Armutsrenten führt.

**Regierungen versagen nicht nur bei der Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch im Gewaltschutz**

Für Millionen Frauen in Europa gehört Gewalt durch den Partner zum Alltag. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von einem Mann getötet (Femizid). Eine der vielen Faktoren, die die herrschende soziale Ungleichheit nährt, ist die ökonomische Abhängigkeit: Ungleich verteilte Sorgearbeit, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede und Ausbeutung im Niedriglohnssektor sind Aus-

druck ökonomischer Gewalt und bieten die ideale Grundlage für die Machtausübung in einer gewaltvollen Partnerschaft.

Millionen Frauen in Europa arbeiten in prekären Verhältnissen und sind trotz Arbeit von Armut betroffen. Minijobs werden oft als einzige Möglichkeit gesehen, um der eigenen Armut zu entkommen. Es braucht: ein Ende der Minijobs, existenzsichernde Löhne, eine Grundversicherung für alle, gute und faire Arbeitsbedingungen sowie eine geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit.

Der Kampf für eine Zukunft, in der die soziale Infrastruktur für alle nutzbar ist, ist ein Kampf für ein Leben in Würde. Der Reichtum in Europa ist groß, aber ungleich verteilt – Zeit für Umverteilung, Zeit für Die Linke!

**Liza Koç**

Kreisvorstand

# In Frieden investieren, nicht in Krieg

Durch den verbrecherischen Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine haben zehntausende Menschen bisher ihr Leben verloren. Es werden immer mehr und schwerere Waffen geliefert und sogar über den Einsatz von Atomwaffen gesprochen. **Krieg beendet man durch Verhandlungen und Diplomatie, nicht durch Waffenlieferungen.**

Die EU verpflichtet die Staaten, mehr Geld in die Aufrüstung zu stecken. Die Bundesregierung hat schnell mal 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitgestellt. **Das Ergebnis:** mehr Waffen, Fortsetzung von Krieg, Profite für die Rüstungsindustrie und die Aktionäre. **Folgen für uns:** weniger Geld für soziale Projekte und Bildung, Familien- und Kinderarmut,

Pflegenotstand und Wohnungsnot. Der Rüstungsetz steigt und es wird im Gegenzug die Kindergrundsicherung geopfert. Was kommt da noch?

**Auch die Eskalation und das Sterben im Nahen Osten gehen weiter:** Der Vergel-

tungskrieg der israelischen Regierung als Reaktion auf den terroristischen Übergriff der Hamas und deren grausame Geiselnahme israelischer Zivilisten hat bereits über 35.000 Tote gefordert.

**Die Menschen in Gaza, darunter viele Kinder und Ju-**

**gendliche, sind den Angriffen Israels hungrig und schutzlos ausgesetzt. Das muss ein Ende haben!**

Wer in diesen Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten weiter auf Eskalation setzt, riskiert einen Weltkrieg. Die Linke fordert, dass Krieg als Mittel der Politik geächtet wird und Atomwaffen weltweit verboten werden. Es braucht, für welches Kriegsgebiet auch immer, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

**Wenn Vertreter der sogenannten Politik der Mitte in Deutschland und in Europa weiter aufrüsten und unsere Jugend zum Dienst an der Waffe aufrufen, sagt Nein!**

**Kreisvorstand  
Die Linke Bielefeld**



## Asylrecht ist Menschenrecht

In Jahrzehnten neoliberalen Sozialabbaus und Abschottung vor Geflüchteten hat die Politik die Verarmung vieler Regionen in Kauf genommen. Dies hat in vielen Ländern Parteien der extremen Rechten den „Vormarsch“ ermöglicht. Parteien der sogenannten Mitte übernehmen die Sprache und Forderungen der extremen Rechten und stärken sie zusätzlich. Das schwächt Demokratie, Menschenrechte und das Miteinander in Europa. Die rechten Parteien machen keine Politik für die Menschen. Sie treten nach unten und spielen besonders Menschen in Not gegeneinander aus. Sie wollen Renten und Löhne in Europa absenken und Gewerkschaften beschwächen, um die Profite des Kapitals zu steigern. Wir setzen dagegen auf Solidarität: Statt Geflüchtete gegen andere Arbeiter\*innen auszuspielen, wollen wir Umverteilung von oben nach unten.

Nicht Geflüchtete bedrohen unseren Wohlstand, sondern die Superreichen, die ihre Vermögen in Steueroasen verstecken. Wir wollen das Sterben an den EU-Grenzen beenden und niemanden ertrinken lassen. Das internationale Seerecht verpflichtet zur Seenotrettung: Wir wollen sie verlässlich und legal organisieren.

Das Elend an den Grenzen ist ein politisches Versagen! Es braucht humane Asylverfahren, die mit internationalem Recht und den Menschenrechten vereinbar sind.

**Die Linke steht und kämpft für die Gleichheit aller Menschen.**

Aus dem „Nie wieder!“ der Befreiung vom Faschismus müssen Konsequenzen gezogen werden. Jedes Leben zählt – das Asylrecht darf nicht eingeschränkt werden.

**Meike Taeubig**  
Ratsmitglied

## Eine Schule für Alle

Eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen eröffnet die bestmöglichen Bildungschancen. Sie berücksichtigt die unterschiedlichen kulturellen, sozialen und sprachlichen Voraussetzungen und Fähigkeiten. Zentraler Baustein dieses Schulkonzeptes ist die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen.

Integrierte Bildungssysteme sind der Schlüssel zum Erfolg, und Skandinavien liefert den Beweis dafür. Hier werden Schüler\*innen von Anfang an in ein umfassendes Bildungsumfeld eingebunden, das ihre individuellen Stärken fördert und sie auf ihr Leben vorbereitet. Daher sagen wir: Alle Schüler\*innen sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen! Schluss mit Selektion nach der 4. Klasse und dem Zerreißen von Freundschaften!

Die Linke steht für ein durch-

gehendes Lernsystem. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulbildung werden damit Barrieren abgebaut.

Wir fordern für Europa anerkannte Bildungsstandards und soziale Mobilität: in unserem Europa der Zukunft haben alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, die gleichen Möglichkeiten, ihre Träume zu verwirklichen und ihr volles Potenzial auszuschöpfen – so wie es z. B. die Laborschule Bielefeld vormacht.

Es ist an der Zeit, dass wir in Europa in ein Bildungssystem investieren, das alle Kinder und Jugendlichen stärkt und unsere demokratische Gesellschaft voranbringt.

**Wähle die Zukunft, die auf Bildung für alle setzt – wähle Die Linke.**

**Frederic Richter-Bonin**  
**Dennis Möhlmeier**  
Ratsfraktion Die Linke

**SO ERREICHEN SIE UNS**

[www.dielinke-bielefeld.de](http://www.dielinke-bielefeld.de) | [vorstand@dielinke-bielefeld.de](mailto:vorstand@dielinke-bielefeld.de)  
Telefon: 0521-86611 | August-Bebel-Str.126, 33602 Bielefeld